

Aung San Suu Kyi will über eine friedliche Lösung verhandeln

Aung San Suu Kyi will ihren Kampf für die Demokratisierung Burmas fortsetzen. Einen Tag nach der überraschenden Beendigung des Hausarrests am 10. Juli forderte Aung San Suu Kyi bei einer Pressekonferenz die Militärregierung auf, über eine friedliche Lösung zu verhandeln. Sie sagte, General Than Shwe habe anlässlich ihrer Freilassung die Hoffnung geäußert, sie werde dazu beitragen, daß Frieden und Stabilität erreicht würden.

Weiter forderte sie die Machthaber auf, alle Oppositionellen, die sich noch in Gefangenschaft befinden, freizulassen. Angesprochen auf den Zustand der Partei - viele der Mitglieder sind nach der Wahl ins Exil gegangen, andere verhaftet und noch im Gefängnis, und wieder andere arbeiten mit dem SLORC zusammen - sagte Aung San Suu Kyi, daß ihre Partei nicht schwächer sei als vor den Wahlen. Viele Mitglieder seien gestärkt aus der Konfrontation mit der Militärregierung hervorgegangen, und es gebe auch keine Spaltung zwischen denen, die verhaftet wurden und denen, die mit dem SLORC zusammenarbeiteten. Auch die Unterstützung für ihre Partei, die NLD, seitens der Bevölkerung sei nach wie vor sehr stark.

Seit der Freilassung hat sie sich regelmäßig in ihrem Haus mit Mitgliedern der NLD-Führungsspitze getroffen, um mit ihnen eine Strategie für eventuelle Gespräche zwischen der Partei und dem Militär vorzubereiten. Schon kurz nach ihrer Freilassung hat sie zwei NLD-Gründungsmitglieder, U Tin Oo und U Kyi Maung, empfangen. Beide waren im März dieses Jahres freigelassen worden.

In einem Interview mit TIME sagte Suu Kyi, daß ihre Freilassung den Machthabern hoch anzurechnen sei, forderte aber die internationale Staatengemeinschaft auf, kein endgültiges Urteil zu fällen und zu denken, nach ihrer Freilassung laufe in Burma "alles wie geschmiert." Sie forderte die Internationale Gemeinschaft auf, ihren Druck auf die Junta nicht zu verringern. Einmischung von außen sei dringend nötig.

Sie äußerte die Hoffnung, daß die Militärs nun mit ihr und ihren Kollegen der demokratischen Bewegung kooperieren, um das Beste für die Nation zu erreichen. Mitte August gab Aung San Suu Kyi bekannt, daß es einen Kontakt zu der Militärregierung gebe, es sei aber noch nicht an der Zeit, dies zu kommentieren.

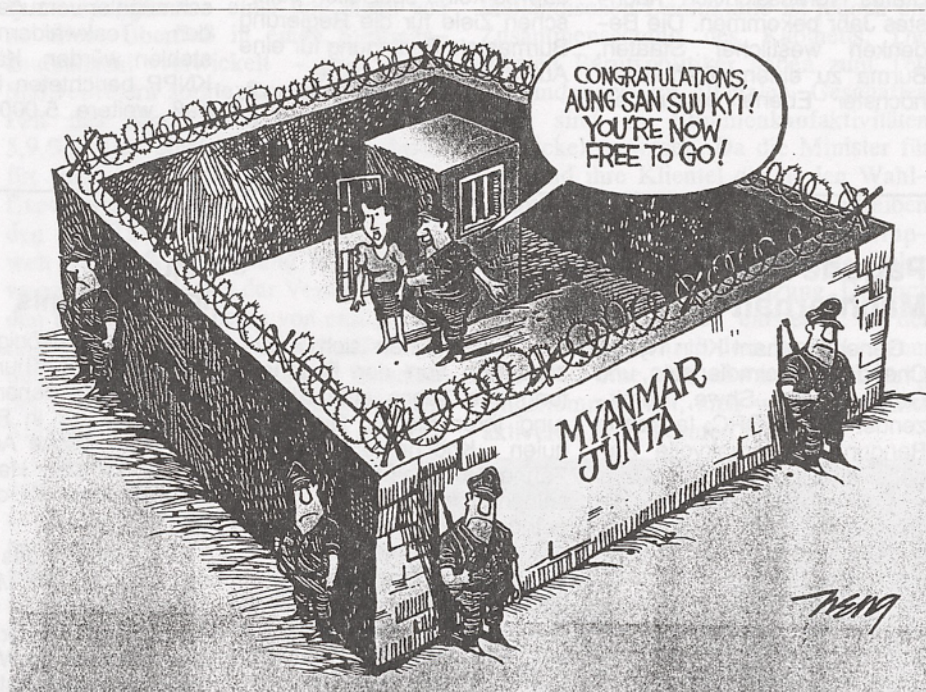
Nichts solle den Prozeß stören, an einen Verhandlungstisch zu kommen.

Aung San Suu Kyi bekundete auch ihr Interesse, am National Konvent mitzuarbeiten. Der National Konvent soll die Richtlinien für die zukünftige Verfassung erstellen. Von den rund 700 Delegierten sind nur 155 Parteipolitiker. Der Rest setzt sich aus Militärs und Vertretern ethnischer Minderheiten zusammen. Ein Artikel der Verfassung soll die Prä-

aufgenommen. Am Tag der Freilassung versammelten sich mehrere hundert Menschen vor dem Haus Aung San Suu Kyis, in dem sie fast sechs Jahre gefangen gehalten wurde. Sie forderte ihre Anhänger zu Ruhe und Besonnenheit auf, um die Machthaber nicht zu reizen.

Regierungen und Politiker in Asien reagierten hauptsächlich positiv auf die Freilassung und bezeichneten die Entwicklung als Ergebnis ihrer Politik des konstruktiven Engagements. Ein Wechsel in der burmesischen Politik sei nur durch enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zu erzielen. Die japanische Regierung gab kurz darauf bekannt, daß die staatliche Hilfe wieder aufgenommen werde.

Westliche Staaten, Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen reagierten verhaltener. Man hoffe, daß die Freilassung ein Wende-



aus: AW v. 28.7.95, S. 16

sidentschaft Aung San Suu Kyis ausschließen: Burmesen, die lange Zeit im Ausland gelebt haben und mit einem Ausländer verheiratet sind, dürfen nicht ins Präsidentenamt gewählt werden. Aung San Suu Kyi ist mit dem britischen Tibetologen Michael Aris verheiratet. Dieser Artikel sei nicht akzeptabel, sagen Ihre Mitstreiter. Aung San Suu Kyi wolle nicht zwangsläufig Präsidentin oder Premierministerin werden. Sie werde sich die politische Arbeit aber nicht verbieten lassen.

In Burma wurde die Freilassung erst eine Woche später in der staatlichen Zeitung "The New Light of Myanmar" bekanntgegeben. Trotzdem hatte sich die Nachricht über BBC und Voice of America unter der Bevölkerung schnell verbreitet und wurde mit großer Freude

punkt in Burmas Geschichte der Unterdrückung sei, sagte der Sprecher des Außenministeriums in Washington. Man bleibe aber besorgt über die Menschenrechtssituation, auch wenn die USA die Freilassung begrüße. Beobachter und Journalisten schätzen den Schritt der Militärregierung als Versuch ein, aus der politischen und internationalen Isolation zu kommen. Mit der Freilassung werbe der SLORC Regierungen, ausländische Investoren und Institutionen, wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfond.

Zusammengestellt von Marc Neubert nach DER SPIEGEL Nr. 29, 17.7.95; TIME 24.7.95; TAZ 1.8.95; AW 4.8.95; IHT 12., 13.8.95.